

Substanzielles Protokoll 90. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 16. November 2011, 20.30 Uhr bis 23.20 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Gerhard Bosshard (EVP), Marlène Butz (SP), Michèle Halser-Furrer (EVP), Markus Hungerbühler (CVP), Bruno Sidler (SVP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Thomas Wyss (Grüne)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|---|-----|
| 1. | Mitteilungen | | |
| 11. | 2011/327 | Weisung vom 14.09.2011:
Zusatzkredite II. Serie 2011 | STR |
| 13. | 2005/551 | Weisung vom 18.05.2011:
Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Mario Mariani (CVP)
betreffend Hardbrücke, Sanierung mit einem Veloweg vom
Hardplatz bis Bucheggplatz, Bericht und Abschreibung | VTE |

Mitteilungen

- 1986. 2011/393**
Interpellation von Tamara Lauber (FDP) und Marc Bourgeois (FDP) vom 26.10.2011:
«Occupy Bewegung», gesetzliche Grundlagen für politische Kundgebungen und Bewilligungspraxis der Stadt

Tamara Lauber (FDP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Aufgrund der Ereignisse der vergangenen Tage kann davon ausgegangen werden, dass es in der Stadt Zürich auch in den kommenden Tagen und Wochen zu unbewilligten Demonstrationen auf öffentlichem Grund kommen wird. Die Fragen unserer Interpellation müssen schnellstmöglich beantwortet werden.

Der Rat wird über den Antrag am 23. November 2011 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Geschäfte

1978. 2011/327

**Weisung vom 14.09.2011:
Zusatzkredite II. Serie 2011**

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 89, Protokoll-Nr. 1978/2011).

Antrag 8)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Der Anteil der Stadt Zürich an der Stiftung BlueLion, die das unternehmerische Denken und Handeln fördern will, beträgt beinahe 50 %. Über die Stiftung «Effort für Zürich», die ebenfalls Jungunternehmen fördert und von der Stadt Zürich mitfinanziert wird, ergibt dies einen noch höheren Anteil in diesem Bereich. Die Stiftung BlueLion will Räumlichkeiten und Services für Jungunternehmen anbieten, in der Stadt Zürich besteht jedoch bereits Mangel an Raum und Platz für das Kleingewerbe. Dies wurde hinsichtlich des AMAG-Areals ausgiebig diskutiert (Weisung 2010/452). Nun beantragt die BlueLion Stiftung per Nachtragskredit Räume in diesem Areal. Es ist nicht klar, was die Stadt mit dem AMAG-Areal plant: Bei der damaligen Diskussion wurde von Kreativwirtschaft gesprochen, doch nun wird das AMAG-Areal entgegen unserer damaligen Abstimmung für andere Zwecke verwendet. Zürich braucht keine aus öffentlichen Mitteln finanzierte Stiftung, um das Jungunternehmertum anzukurbeln. Lehnen Sie den Zusatzkredit aus diesen Gründen ab.*

Andrea Nüssli-Danuser (SP): *Die Förderung des Jungunternehmertums muss unterstützt werden. Besonders in der Informations- und Kommunikationstechnologie und in der Förderung der Umwelttechnologien mit Cleantech wurde in den vergangenen Jahren in Zürich zu wenig erreicht. Diese zukunftssträchtige Branche muss gefördert werden. Die Stiftung BlueLion fördert Jungunternehmen im Bereich Cleantech und ICT und vermietet Räumlichkeiten in einfachem Rahmen. Die Stiftung plante ursprünglich nicht, das ehemalige AMAG-Areal zu nutzen, doch die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten in Zürich gestaltete sich schwierig. Es ist deshalb durchaus sinnvoll, die zur Verfügung stehenden Räume auch zu nutzen. Die Technologie passt in das besagte Areal. Partner wie die ZKB oder die Swisscom werden die Stiftung unterstützen, die Stadt ihrerseits sieht eine maximale Beteiligung von 50 % vor. Die Mietauslastung auf dem Areal einschliesslich der Stiftung liegt momentan bei ca. 80 %. Platz für zukünftige Bewerber ist demnach immer noch vorhanden. Mit der Unterstützung des Zusatzkredits wollen wir die sofortige Gründung der Stiftung ermöglichen. Sie ist notwendig, um die Räumlichkeiten mieten und sofort mit dem Projekt starten zu können. Stimmen Sie deshalb dem Zusatzkredit zu.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Bei der Weisung geht es um eine Beteiligung der Stadt Zürich an der Stiftung BlueLion, die die Schliessung bestehender Lücken in der Frühphase der Unternehmensgründung zum Ziel hat. Dadurch unterscheidet sich die Stiftung klar von anderen Stiftungen auf diesem Gebiet. Es soll ein Unternehmensbiotop für kleine, neue Unternehmen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie und Cleantech entstehen. Mit diesem Vorgehen können auch Vorstösse abgeschrieben werden, die von einer breiten Mehrheit im Rat unterstützt wurden. Damit die Stiftung den Mietvertrag un-*

terschreiben kann, muss raschmöglichst die Unternehmensgründung erfolgen. Bei der damaligen Diskussion um das ehemalige AMAG-Areal war die Stiftung BlueLion noch nicht als allfällige Mieterin bekannt. Seit circa zwei Jahren wurden verschiedenste Standorte für die Stiftung geprüft, die jedoch teilweise aus finanziellen Gründen nicht in Frage kamen. Der Vorschlag seitens der Stiftung, einen kleinen Teil der Werkerei Schwamendingen zu nutzen, wurde aufgegriffen. Nicht die Stadt soll die Räumlichkeiten belegen, sondern Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer. Diese passen mit ihrem Profil perfekt in die Werkerei. Es handelt sich um eine Kooperation mit Privaten, bei der sich die Stadt mit einer Minderheit beteiligen will. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag zuzustimmen.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): In den letzten Jahren wurde wiederholt eine Förderung der Umwelttechnologien beantragt. Doch bringt eine solche Stiftung Nutzen und braucht es die 1,5 Mio. der Stadt Zürich? Das Projekt sollte zuerst in der zuständigen Kommission diskutiert werden. Auf diesem Weg würden auch Details zum Kosten-Nutzen-Effekt bekannt werden. Dazu sind in der Weisung des Stadtrats nicht viele Informationen zu finden. Die AL lehnt den Antrag ab.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Wir schliessen uns der Mehrheit an und stimmen dem Antrag zu.

Samuel Dubno (GLP): Die GLP stimmt dem Antrag zu. In die Richtung der Stiftung zielende Postulate haben wir immer mitunterstützt. Auch die GLP zweifelte daran, ob die Förderung von Jungunternehmern tatsächlich eine städtische Aufgabe ist. Doch bei der auch von Privaten unterstützten Stiftung können wir dem Zusatzkredit zustimmen. Wir verlangen aber grundsätzlich eine Förderung des Cleantech-Clusters über die Nachfrage und eine fortschrittliche Energie- und Verkehrspolitik der Stadt Zürich.

Roger Liebi (SVP): Bei früheren Diskussionen im Rat wurde über das Startzentrum gesprochen. Dabei wurde betont, dass die Stadt Zürich aus praktischen Gründen eine einzige Anlaufstelle für Jungunternehmen benötigt. Nun verlangt der Stadtrat eine zweite Anlaufstelle. Die Intensionen des Stadtrats sind nicht nachvollziehbar. Das Fehlen einer klaren Linie ist ein weiterer Grund, weshalb wir die Vorlage ablehnen.

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): Die Stiftung würde zumindest teilweise die Erfüllung verschiedener parlamentarischer Vorstösse ermöglichen. Die EVP befürwortet dies sehr. In der Politik ist häufig eine schnelle und unkomplizierte Reaktion nötig. Wir bedanken uns deshalb bei Stadtpräsidentin Corine Mauch und den diesen Antrag unterstützenden Parteien.

S. 5	15 1505 550001	Präsidialdepartement Stadtentwicklung Beteiligung an Stiftung BlueLion		
8)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 500 000	Mehrheit	Andrea Nüssli-Danuser (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent
			Enthaltung	Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	1 500 000		
	Begründung	Es braucht keine neue Stiftung für Jungunternehmer, davon hat es bereits genügend		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 30 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 9)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Der Stadtrat beantragt stichsichere, unter der Kleidung getragene Westen für die Angehörigen der Rettungsdienste. Die RPK-Minderheit ist nicht grundsätzlich gegen die Beschaffung solcher Westen, lehnt jedoch die Höhe der Beschaffungskosten und das Konzept der Unterziehwesten ab. Stichsichere Westen werden heute von verschiedenen Berufsgattungen getragen. Handelsübliche, kostengünstigere Produkte wären durchaus erhältlich. Wir schlagen auch vor, dass nicht persönliche Westen verteilt, sondern pro Einsatzambulanz zwei Westen sowie Ersatzwesten bereitgestellt werden. Dieses Konzept würde zu einer deutlichen Kostensenkung führen und wird beispielsweise in Uster bereits erfolgreich angewendet. Ein Rettungssanitäter würde eine stichsichere Unterzieh-Weste aufgrund des Komforts wohl zudem nicht den ganzen Tag tragen. Der Vorteil der Überziehwesten liegt nicht nur in der Verfügbarkeit, sondern auch in der situativen Verwendungsmöglichkeit. Die RPK-Minderheit beantragt aus diesen Gründen eine Kürzung des Kreditbegehrens um 59 000 Franken.

Florian Utz (SP): Die Frage der GLP nach sinnvoller Kosteneinsparung bei den Westen ist absolut berechtigt. Doch Männer und Frauen benötigen unterschiedliche Modelle und Grössen, die Idee einer Einheitsgrösse ist kaum umsetzbar. Die RPK-Mehrheit erachtet die Idee der GLP als nicht zumutbar, sowohl bezüglich der Angestellten als auch der Patientinnen und Patienten. In einem Rettungsfall darf durch das Anziehen der Schutzweste nicht noch Zeit verloren gehen. Das An- und Ausziehen der Weste kostet zudem zusätzliche Arbeitszeit. Schutz und Rettung müsste dadurch 23 000 Franken mehr ausgeben pro Jahr. Nach drei Jahren würde mit dem Vorschlag der Minderheit somit mehr Geld ausgegeben als mit dem Antrag des Stadtrats. Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): Sanitäter müssen immer wieder unter schwierigen Umständen Verletzte bergen. Die Angestellten werden bei ihrer Arbeit behindert oder gar angegriffen. Hier darf nicht gespart werden. Der Vorschlag der Minderheit ist in der Praxis nicht umsetzbar: Westen können unter den Angestellten nicht geteilt werden und Verletzte müssen möglichst schnell gerettet werden können. Ich möchte die GLP bitten, den Antrag zurückzuziehen.

Samuel Dubno (GLP): Wir stellen uns wie bereits erwähnt nicht gegen die Beschaffung solcher Westen. Doch es ist eine Zumutung für einen Rettungssanitäter, im Hochsommer mit einer stichsicheren Weste arbeiten zu müssen. Zudem ist nicht bei jedem Einsatz eine solche Weste notwendig. Der Minderheitsantrag senkt den Schutz der Rettungssanitäter nicht, sondern erhöht ihn, da die ständige Verfügbarkeit von Westen im Fahrzeug gewährleistet wäre.

S. 6	25 2550 3060 0000	Polizeidepartement Schutz und Rettung Dienstkleider und Dienstkleiderentschädigungen		
9)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	139 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	80 000	Minderheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Walter Angst (AL)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	59 000		
	Begründung	Nicht 1 Weste pro Person, sondern 2 Westen pro Fahrzeug beschaffen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 16 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 10)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Suche nach Temporärkräften beim Ausfall von Angestellten in der Suchtbehandlung Frankental war mit hohen Kosten verbunden und erfordert nun einen Nachtragskredit. Solche Arbeitskräfte sollten intern rekrutiert werden. Wir beantragen deshalb, die 90 000 Franken zu streichen.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Der Zusatzkredit von 90 000 Franken wurde aufgrund von fünf Personalausritten notwendig. Es wäre fahrlässig gewesen, die Arbeit auf die übrigen Mitarbeitenden zu verteilen. Dank dem Einsatz des temporären Personals blieb die Auslastung in der Suchtbehandlung Frankental auf dem Vorjahresniveau. Die RPK Mehrheit befürwortet deshalb den Kredit.

Weitere Wortmeldungen:

Urs Weiss (SVP): Der beantragte Zusatzkredit übersteigt den im Budget eingestellten Betrag um das Neunfache. Entweder liegen hier grobe Budgetierungsfehler vor oder es kam zu schwerwiegenden Problemen im Betrieb, die zu diesen Personalausritten geführt haben. In einem normalen Betrieb wird versucht, solche personellen Engpässe mit internen Lösungen zu überbrücken. Die SVP-Fraktion lehnt das Zusatzkreditbegehren deshalb ab.

S. 7	30 3010 3080 0000	Gesundheits- und Umweltdepartement Städtische Gesundheitsdienste Entschädigung für temporäre Arbeitskräfte		
10)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	90 000	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	90 000		
	Begründung	Ausfälle hätten intern kompensiert werden müssen. Keine temporären Arbeitskräfte einsetzen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 11)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Es geht um die Ausschreibung für die Stelle des Dienstchefs des Stadtärztlichen Dienstes. Es ist unverständlich, wie die anstehende Pensionierung des Stadtarztes nicht im Voraus im Budget berücksichtigt werden konnte. Es wurde sogar ein Gutachten erstellt mit der Empfehlung, die Stelle auszuschreiben. Dieser Posten zeigt exemplarisch die Arbeitsweise der Stadt auf. Lehnen Sie den Antrag deshalb ab.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die 8 000 Franken beziehen sich nicht auf die Stelle des Stadtarztes. Mit der Stellenausschreibung wurde ein Oberarzt in der Suchtbehandlung Frankental gesucht. Aufgrund des grossen Ärztemangels war ein grösserer finanzieller und zeitlicher Aufwand nötig. Die Mehrheit der RPK unterstützt deshalb den Antrag von 8 000 Franken für die Suchtbehandlung Frankental.

S. 7	30 3015 3092 0000	Gesundheits- und Umweltdepartement Stadtärztlicher Dienst Personalwerbung		
11)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	8 000	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	8 000		
	Begründung	Unnötiger Antrag, das reguläre Budget sollte genügen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 12)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Für die Verabschiedung von zwei vorzeitig pensionierten Personen wurden 7 000 Franken benötigt. Die Mehrheit der RPK befürwortet den Kredit.

Roger Liebi (SVP): Für eine derartige Kleinigkeit ist ein Kredit von 7 000 Franken schlicht nicht nötig.

S. 7	30 3015 3099 0000	Gesundheits- und Umweltdepartement Stadtärztlicher Dienst Übriger Personalaufwand		
12)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	7 000	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli- Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	7 000		
	Begründung	Unnötiger Antrag, das reguläre Budget sollte genügen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 13)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Verlangt wird ein Zusatzkredit für eine Jubiläums-Sonderausgabe des Heftes des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes (PPD). Beim Beschluss des Budgets war der Termin des Jubiläums jedoch sicherlich bereits bekannt. Hier liegt eine Fehlbudgetierung vor. Wir lehnen die 11 000 Franken ab.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Der Entscheid wurde tatsächlich erst nach der Budgeteinkaufung getroffen. Die Sonderausgabe soll die Ärzteschaft der Stadt Zürich über das Angebot des PPD informieren. Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass der Kredit benötigt wird.

Weitere Wortmeldungen:

Urs Weiss (SVP): Die Produktion einer Sondernummer sollte im Voraus bekannt sein und ordentlich budgetiert werden. War es zudem wirklich nötig, in einer finanziell bereits angespannten Lage noch eine Sondernummer zu drucken? Die SVP lehnt den Zusatzkredit ab.

S. 8	30 3015 3101 0000	Gesundheits- und Umweltdepartement Stadtärztlicher Dienst Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten		
13)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	11 000	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent; Samuel Dubno (GLP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP) Minderheit
	Verbesserung	11 000		
	Begründung	Unnötiger Antrag, das reguläre Budget sollte genügen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 38 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 14)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Auszubildenden im Bereich Pflege absolvieren ihre Ausbildung bei der Organisation der Arbeitswelt (OdA). Die überbetrieblichen Kurse und die Praxisvermittlung sind Teil der Ausbildung. Die Stadt Zürich sollte der OdA nicht noch Kurstageskosten bezahlen müssen, denn die Stadt deckt mit ihren internen Ausbildungsmöglichkeiten fast alle Gesundheitsberufe ab. Es ist nicht einzusehen, dass hier noch zusätzliche Kosten generiert werden müssen. Der Entscheid der Erhöhung der Kurstageskosten wurde im Dezember 2010 gefällt. Am 9. Februar 2011 wurde dies kommuniziert. Es ist unverständlich, warum dieser Antrag erst jetzt gestellt wird. Die gesamte Struktur muss überdenkt werden. Der Betrag von 251 200 Franken sollte abgelehnt werden.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die OdA erhöhte ihre Kurstageskosten bei den Lernenden Fachangestellte Gesundheit um 20 Franken. Die Stadt wurde im Februar 2011 darüber informiert. Die Kurse sind Bestandteil der Ausbildung und eine Kostenübernahme von Seiten der Lernenden steht ausser Frage. In diesem Berufsfeld ist es schwierig, genügend Lernende zu finden – eine Abwälzung der Kosten auf die Lernenden wäre kontraproduktiv. Es ist zudem stossend, wenn zwischen den Ausbildungen der einzelnen Berufsgruppen nicht dieselben Bedingungen herrschen bezüglich der Ausbildungskosten. Die Kurse gehören obligatorisch zur Ausbildung und die Fachangestellten Gesundheit werden nicht nur in Spitälern, sondern auch in Pflegeheimen benötigt. Die Mehrheit der RPK unterstützt den Zusatzkredit.

S. 8	30 3020 3091 0000	Gesundheits- und Umweltdepartement Pflegezentren der Stadt Zürich Aus- und Weiterbildung des Personals		
14)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	251 200	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	251 200		
	Begründung	Solche Kurse privat besuchen, kein Zusammenhang mit Pflegezentren		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 38 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 15)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Das Projekt zur Optimierung bezüglich der Sukkulentsammlung ist bei den derzeit knappen Finanzen nicht nötig. Wir lehnen den Zusatzkredit deshalb ab.

Christine Seidler (SP): Der Zusatzkredit wird aufgrund von Bauverzögerungen benötigt. Es war nicht möglich, den moderaten Betrag im Sinn von möglichen Kompensationen mit andern Sammelkonten zu finanzieren. Grundsätzlich wird der Objektkredit nicht überschritten. Die Sukkulentsammlung spielt auch im Zusammenhang mit der Förderung der Biodiversität eine wichtige Rolle. Das Projekt optimiert die Besucherlenkungsmaßnahmen, ermöglicht einen attraktiveren Eingangsbereich und eine vielfältige Nutzung von Schulungs- und Informationsräumen. Die Mehrheit der RPK erachtet das Projekt als sehr sinnvoll und beantragt Ihnen, dem Antrag des Stadtrats zu folgen.

S. 10	35 3570 55037000	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Grün Stadt Zürich Erneuerungsunterhalt der Liegenschaften		
15)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	230 000	Mehrheit	Christine Seidler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	230 000		
	Begründung	Optimierung nicht nötig		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 22 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 16)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Im Amt für Städtebau wurden zwei befristete Mutterschaftsvertretungen angestellt. Die RPK-Minderheit hat kein Verständnis für die beantragten befristeten Anstellungen. Mutterschaftsvertretungen sollten intern organisiert werden. Neu angestelltes Personal benötigt viel Einarbeitungszeit und deshalb ist es fraglich, inwiefern auf wenige Monate befristete Anstellungen sinnvoll sind. Aus diesen Gründen beantragt die RPK-Minderheit die Ablehnung der Kredite für die beiden Mutterschaftsvertretungen.

Urs Schmid (FDP): Die Personen wurden befristet angestellt. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die Stellen ausgewiesen sind. Über einen solchen Antrag sollte im Rat nicht abgestimmt werden müssen. Befürworten Sie den Antrag des Stadtrats.

S. 10	40 4015 3010 0000	Hochbaudepartement Amt für Städtebau Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals		
16)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	55 000	Mehrheit	Urs Schmid (FDP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP), Referentin Minderheit
	Verbesserung	55 000		
	Begründung	Mutterschaftsvertretung muss intern gelöst werden		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 22 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 17)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Die drei Frühpensionierungen in der zweiten Jahreshälfte 2011 waren zum Zeitpunkt der Budgetierung und der Zusatzkredite der ersten Serie noch nicht bekannt. Mit der zweiten Serie werden nun 125 400 Franken beantragt. Der Wunsch einer Frühpensionierung ist jedoch persönlich und darf dem Steuerzahler keine zusätzlichen Kosten verursachen. Im Namen der RPK-Minderheit bitte ich um die Ablehnung des Zusatzkreditbegehrens.

Urs Schmid (FDP): Der Antrag betrifft eine seit 1973 bei der Stadt tätige Assistentin sowie zwei seit 1971 und 1976 bei der Stadt angestellte Mitarbeiter. Alle drei Frühpensionierungen fanden aufgrund privater Motivation statt und sind nach einer solch langen Dienstzeit zu unterstützen. Stimmen Sie dem entsprechenden Antrag des Stadtrats zu.

S. 10	40 4015 3040 0000	Hochbaudepartement Amt für Städtebau Personalversicherungsbeiträge		
17)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	125 400	Mehrheit	Urs Schmid (FDP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP), Referentin Minderheit
	Verbesserung	125 400		
	Begründung	Freier Entscheid der Mitarbeitenden, keine Entschädigung nötig		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 22 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 18)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Im Amt für Baubewilligungen werden mehr Ausgaben für die Rekrutierung von Architekten verlangt. Die Stadt Zürich befindet sich seit langem im Wachstum. Ein höherer Bedarf an Architektinnen und Architekten war voraussehbar und hätte im Budget 2011 eingeplant werden müssen. Die Minderheit bittet Sie, den Kredit von 20 000 Franken abzulehnen.

Urs Schmid (FDP): Die Ausgaben für die Personalwerbung erreichen Kosten von rund 57 000 Franken. Dies liegt leider bereits über dem Budget von 45 000 Franken. Gemäss Stadtrat werden die Inserate in den Printmedien textlich künftig auf ein Minimum reduziert und mit einem Verweis auf die detaillierte Internetausschreibung ergänzt. So können die zukünftigen Kosten der einzelnen Stelleninserate signifikant gesenkt werden. Stimmen Sie dem Antrag zu.

S. 11	40 4015 3092 0000	Hochbaudepartement Amt für Städtebau Personalwerbung		
18)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	20 000	Mehrheit	Urs Schmid (FDP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	20 000		
	Begründung	Zusätzliche Ausgabe für Personalwerbung unnötig		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 25 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 19)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Versicherungssumme für das Stadtmodell belief sich während vieler Jahre auf 1 900 Franken pro Jahr und ist nun auf 9 000 Franken gestiegen. Niemand kann diesen massiven Anstieg glaubhaft erklären. Der Kredit muss deshalb abgelehnt werden.

Urs Schmid (FDP): Diese Summen wurden nach Angaben des Kompetenzzentrums Risiko- und Versicherungsmanagement budgetiert. Die Versicherung des Stadtmodells ruft nach zusätzlicher Deckung. Die separaten Versicherungen wurden bei der Budgetierung versehentlich nicht berücksichtigt, was zu dem zu tiefen Budgetbeitrag geführt hat. Die Gefahrenlage hat sich somit nicht verändert. Stimmen Sie dem Antrag des Stadtrats zu.

S. 11	40 4015 3184 0000	Hochbaudepartement Amt für Städtebau Sachversicherungsprämien		
19)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	9 000	Mehrheit	Urs Schmid (FDP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	9 000		
	Begründung	Versicherungssumme seit Jahren Fr. 1 900, Erhöhung auf Fr. 9 000 nicht nachvollziehbar		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 22 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 20)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Wir hegen gegenüber den Personalwerbungsangelegenheiten den grössten Vorbehalt und lehnen die 10 000 Franken Mehrausgaben ab.*

Urs Schmid (FDP): *Der Personalmarkt für Architektinnen und Architekten war bereits 2010 ausgetrocknet, und der Bauboom geht weiter. Die Zusammenstellung der letzten Zahlen im Voranschlag 2009 bis zum Voranschlag 2011 im Vergleich mit der Rechnung 2009, 2010 und der erwarteten Rechnung von 2011 hat die Tendenz klar aufgezeigt. Stimmen Sie für den Antrag des Stadtrats.*

S. 11	40 4035 3092 0000	Hochbaudepartement Amt für Baubewilligungen Personalwerbung		
20)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	10 000	Mehrheit	Urs Schmid (FDP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	10 000		
	Begründung	Betrag nicht nötig		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 21)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Schmid (FDP): *Das städtische Projekt CHARM sieht den Aufbau eines profes-*

sionellen Risikomanagements und daran angeknüpft die Verbindung an ein internes Kontrollsystem vor. Dies soll alle Prüfpunkte zur Risikoeindämmung beinhalten und alle für die Dienstabteilung wichtigen Prozesse und Arbeitsabläufe zusammenhängend darstellen. Die Kommissionsminderheit ist der Meinung, dass die vielen anfallenden Arbeiten für dieses Projekt intern ausgeführt werden können. Dieser Bereich der Verwaltung verfügt bereits über kompetente und motivierte Mitarbeitende mit dem entsprechenden Know-how. Am Vorprojekt und Konzept sollen durchaus externe Berater mitarbeiten, doch die Ausführung des Pilots und der Ausbreitung in den Departementen muss von den internen Mitarbeitenden erfolgen. Stimmen Sie dem Antrag der Minderheit zu.

Christine Seidler (SP): Im Rat wurde schon oft über die Ineffizienz diskutiert, die bei einem über mehrere Fachstellen oder Departemente laufenden Projekt entsteht. Hier geht es um die Baubewilligungsverfahren. Endlich könnten die Schnittstellen professionell aufgegleist und koordiniert und somit für verschiedene Fachstellen nutzbar gemacht werden. Die Kommissionsmehrheit erachtet diese Investition als sehr sinnvoll. Der Objektkredit wird mit diesem Zusatzkredit auch nicht überschritten. Wir beantragen Ihnen deshalb, dem Antrag des Stadtrats zu folgen.

S. 11	40 4035 3180 0000	Hochbaudepartement Amt für Baubewilligungen Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter		
21)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	48 000	Mehrheit	Christine Seidler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Urs Schmid (FDP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	48 000		
	Begründung	Externe Unterstützung nicht nötig		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 40 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 22)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Aufgrund gestiegener Fallzahlen und zur Vermeidung von Qualitätseinbussen sollen die Personalressourcen in der Asylorganisation Zürich (AOZ) angepasst werden. Die Stadt Zürich unternimmt im Bereich Asylwesen jedoch bereits viel mehr als tatsächlich vorgeschrieben – und dies für Personen, die die Schweiz in der Regel nach kurzer Zeit wieder verlassen müssen. Qualitätseinbussen in der ordentlichen Fallführung und Unterbringung sind kaum zu erwarten. Die Anstellung und Bezahlung des Personals ist Aufgabe der AOZ. Allfälliger und temporärer Mehraufwand in den Bereichen Empfang, Fallführung und Unterbringung muss intern lösbar sein. Die RPK-Minderheit lehnt den Zusatzkredit ab.

Rebekka Wyler (SP): Es geht um einen Zusatzkredit zur Schaffung von zusätzlichen personellen Ressourcen, um der steigenden Anzahl Fälle gerecht zu werden. Ohne die Anpassung kann die vom übergeordneten Recht vorgegebene Fallführung und Unter-

bringung der Personen nicht mehr gewährleistet werden. Der Kanton besteht zudem immer mehr darauf, dass die Zuweisungsquoten für die Gemeinden zu 100 % erfüllt werden. Dies gilt auch für die Stadt Zürich. Es handelt sich um Pflichtleistungen. Die Mehrheit der RPK bittet Sie, dem Antrag des Stadtrats zu folgen.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Die AOZ behandelt etliche Mischfälle, die in den ursprünglichen Auftrag der Stadt Zürich fallen. Die Stadt Zürich soll nun direkt das zusätzliche Personal bezahlen. Gemäss dem Geschäftsbericht der AOZ ist der Kredit jedoch gar nicht unbedingt nötig: Die Reserven wurde von 2009 auf 2010 um 3,2 Mio. Franken erhöht. Ein Zusatzkredit ist unter diesen Verhältnissen nicht nachvollziehbar. Die AOZ ist eine eigenständige Anstalt und muss solche Phasen mit den angehäuften Reserven überbrücken können. Lehnen Sie den Zusatzkredit ab.

Dr. Guido Bergmaier (SVP): Wir sprechen hier von einer gewaltigen Steigerung der Beiträge an die AOZ von 11 %. Die Begründung: befürchtete Qualitätseinbussen. Der Geschäftsbericht 2010 der AOZ zeigt, dass der Zusatzkredit abgelehnt werden muss: Zürich wird als die asylfreundlichste Stadt Europas beschrieben. Die zu erhöhende Leistungsqualität befindet sich demnach bereits auf Europarekordhöhe. Die riesige Angebotspalette braucht nicht noch zusätzliche Förderung. Eine kleine Qualitätseinbusse ist auf diesem Niveau verkraftbar. Neue Projekte und zusätzliche Aufträge sind als gegenseitige Insidergeschäfte in der Sozialindustrie zu bezeichnen. Noch mehr Steuergelder sind unnötig.

S. 13	55 5500 3650 0302	Sozialdepartement Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Asyl-Organisation Zürich für städt. Pflichtleistungen		
22)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	221 000	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP), Referentin Minderheit
	Verbesserung	221 000		
	Begründung	Aufstockung nicht nötig, Arbeiten durch interne Aufgabenverschiebungen gewährleisten		

Ausstand: Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP)

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 25 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 23)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Bei den vom Stadtrat erlassenen Richtlinien zur Ausrichtung von Stipendien wurde ein sehr flexibler Rahmen geschaffen. Allgemeine Regeln und ungenaue Bestimmungen ermöglichen dem Direktor des Laufbahnzentrums einen grossen

Ermessensspielraum. Dieser Spielraum ist zu stark strapaziert und wird zu grosszügig interpretiert. Aus diesen Gründen lehnt die RPK-Minderheit das Zusatzbegehren ab.

Rebekka Wyler (SP): *Der Zusatzkredit wurde aufgrund von steigenden Stipendiengesuchen eingereicht. Es besteht ein Rechtsanspruch auf ergänzende Stipendien und entsprechend existiert auch keine Obergrenze. Die tatsächliche Anzahl eintreffender Gesuche ist schwierig vorauszusagen. Die unsichere Wirtschaftslage und die steigenden Anforderungen in der Arbeitswelt führen zu einer Zunahme von Aus-, Fort- und Weiterbildung. Besonders die Gesuche für Berufsvorbereitungsjahre, höhere Fachschulen und Fachhochschulen verzeichnen einen starken Anstieg. Gleichzeitig zeigen sich auf der Seite des Kantons gewisse Restriktionen bezüglich der Stipendienvergabe. In diesen Fällen muss die Stadt subsidiär einspringen. All diese Faktoren führen zu einer Zunahme der Gesuche. Gleichzeitig besteht ein Rechtsanspruch. Der Antrag der SVP ist juristisch nicht haltbar. Die Wichtigkeit von Aus- und Weiterbildung ist kaum umstritten. Die Mehrheit der RPK unterstützt den Antrag des Stadtrats.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Guido Bergmaier (SVP): *Die Stipendien bewegen sich auf und ab und befinden sich jetzt auf einem Rekordniveau. Die Budgets zu den Stipendiengesuchen sind ungenau, es herrscht oft eine grosse Diskrepanz zwischen dem Budget und der Endabrechnung. Es sollte eine bessere Voraussicht angestrebt werden.*

S. 15	55 5520 3662 0100	Sozialdepartement Laufbahnzentrum Städtische Stipendien		
23)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	400 000	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP), Referentin Minderheit
	Verbesserung	400 000		
	Begründung	Zu grosszügige Stipendienverteilung		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 24)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): *In den Geschäftsbereichen Wohnen und Obdach sowie Sucht und Drogen sollen Forderungen im Umfang von 55 300 Franken abgeschrieben werden. Die RPK-Minderheit fordert die sozialen Einrichtungen und Betriebe auf, die Guthaben mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einzutreiben und lehnt das Zusatzkreditbegehren ab.*

Rebekka Wyler (SP): *Es stellt sich die Frage, was unter «allen zur Verfügung stehenden Mitteln» zu verstehen ist. Die Forderung der SVP ist unrealistisch und die Mehrheit der RPK lehnt den Antrag ab.*

S. 15	55 5560 3300 0000	Sozialdepartement Soziale Einrichtungen und Betriebe Abschreibungen von Guthaben des FV		
24)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	55 300	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP), Referentin Minderheit
	Verbesserung	55 300		
	Begründung	Forderungen sollen eingetrieben werden		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 25)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Das Referendum für den geplanten Strichplatz in Altstetten ist zustande gekommen. Vor der Willensäusserung durch das Volk können keine Investitionen getätigt werden. Folglich sind auch keine Abschreibungen auf solche Investitionen möglich. Das Zusatzkreditbegehren ist obsolet und wird von der RPK-Minderheit abgelehnt.

Rebekka Wyler (SP): Es ist bekannt, dass die SVP den Strichplatz ablehnt. Die Mehrheit der Kommission ist anderer Meinung und bittet Sie, dem Antrag des Stadtrats zu folgen.

Weitere Wortmeldungen:

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): Keine Quartierbevölkerung möchte vor ihrer Haustür einen Strassenstrich. Auch im Kreis 9 herrscht Skepsis. Doch die periphere Lage, die gute Erreichbarkeit per Auto und die Umgebung mit dem geringen Wohnanteil sprechen für den Standort. Diese Faktoren würden auch auf das Sihlquai zutreffen, doch dort wehrte sich die Quartierbevölkerung. Wir lehnen das Projekt ab. Das vorliegende Verarbeitungsboxenprojekt ist aufwändig und teuer – mit verhältnismässig geringem Nutzen. Wir bitten den Stadtrat, diese Fehlplanung zu überdenken.

Mauro Tuena (SVP): An diesem Zusatzkredit kann technisch unmöglich festgehalten werden. Das Referendum ist hängig und die Gemeinderatsentscheidung dieser Weisung somit obsolet. Den demokratischen Spielregeln zufolge müsste der Stadtrat den Zusatzkredit zurückziehen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: Eine Ablehnung führt zu einem gesperrten Kredit. Diesen könnten wir übertragen. Wir könnten ihn auch bei der ersten Serie der Zusatzkredite 2012 wieder zur Sprache bringen. Solange das Referendum nicht abgeschlossen ist, wird selbstverständlich nichts ausgegeben. Ich werde den Zusatzkredit nicht zurückziehen.

Walter Angst (AL): Wie soll ein Kredit aus dem Budget 2011, der mit den Zusatzkrediten eingestellt wird, ins Budget 2012 übertragen werden? Kann der Stadtrat dies nicht erklären, sollte der Kredit gestrichen werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: Kann der gesperrte Kredit nicht ausgegeben werden, müssen wir ihn mit der ersten Serie der Zusatzkredite 2012 wieder einstellen.

Niklaus Scherr (AL): Der Kredit könnte ordentlich im Rahmen des Budgets 2012 behandelt werden. Er wäre dann trotzdem gesperrt.

S. 15	55 5560 3310 0000	Sozialdepartement Soziale Einrichtungen und Betriebe Ordentliche Abschreibungen auf Investitionen und Sachgütern des VV		
25)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	89 100	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	89 100	Abwesend	Monika Erfigen (SVP), Referentin Minderheit
	Begründung	Ablehnung Strichplatz		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 49 Stimmen zu. Der Antrag des Stadtrats scheitert jedoch am Quorum der Ausgabenbremse (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder). Damit wird der Zusatzkredit nicht bewilligt.

2.2 Ordentliche Kreditübertragungen

Keine Anträge

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Der Rat sprach sich einst für ein ausgeglichenes Budget aus. In vielen Dingen wurde heute darüber hinweggesehen. Diese Politik ist nicht mehr glaubwürdig. Ankündigungen sollten eingehalten werden. Wenn die Notwendigkeit eines Kredits nicht wirklich ausgewiesen ist, sollte dieser gestrichen werden.

Dr. Urs Egger (FDP): Zusatzkredite sind ein anderes Instrument als das Budget. Heute wurden viele Fälle behandelt, die in anderen Fällen über die Rechnung hätten erledigt werden können. Die grossen Ausgabepositionen sind unbestritten. Wir stehen zu der Mehrheit, die die Annahme der Zusatzkredite beantragt.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Vorlage.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Vorlage.

Mehrheit: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
 Minderheit: Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent
 Abwesend: Monika Erfigen (SVP)

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Damit ist beschlossen:

A. Für das Jahr 2011 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite II. Serie bewilligt:

1. Zusatzkredite		Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.
10	Behörden und Gesamtverwaltung	1 951 700	–	1 951 700
15	Präsidialdepartement	60 000	1 500 000	1 560 000
20	Finanzdepartement	331 100	–	331 100
25	Polizeidepartement	139 000	–	139 000
30	Gesundheits- und Umweltdepartement	1 328 200	–	1 328 200
35	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	140 000	5 665 900	5 805 900
40	Hochbaudepartement	282 400	–	282 400
45	Departement der Industriellen Betriebe	1 700 000	2 500 000	4 200 000
50	Schul- und Sportdepartement	112 800	–	112 800
55	Sozialdepartement	21 743 500	30 000	21 773 500
Total Verwaltungsrechnung		27 788 700	9 695 900	37 484 600
2. Kreditübertragungen		Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.
10	Behörden und Gesamtverwaltung	–	–	–
		–0	–0	–0
15	Präsidialdepartement	170 000	–	170 000
		–170 000	–0	–170 000
20	Finanzdepartement	7 400	–	7 400
		–7 400	–0	–7 400
25	Polizeidepartement	900 500	–	900 500
		–900 500	–0	–900 500
30	Gesundheits- und Umweltdepartement	34 298 200	–	34 298 200
		–34 298 200	–0	–34 298 200
35	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	–	–	–
		–0	–0	–0
40	Hochbaudepartement	407 000	–	407 000
		–407 000	–0	–407 000
45	Departement der Industriellen Betriebe	602 000	–	602 000
		–602 000	–0	–602 000
50	Schul- und Sportdepartement	2 690 000	–	2 690 000
		–2 690 000	–0	–2 690 000
55	Sozialdepartement	27 000	–	27 000
		–27 000	–0	–27 000

Total Verwaltungsrechnung	39 102 100	-	39 102 100
	-39 102 100	-0	-39 102 100

B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Fr.	Fr.	Fr.
a) in der Laufenden Rechnung			
- den Zusatzkrediten von	27 788 700		
- den Kreditübertragungen von	39 102 100	66 890 800	
auf anderen Konten gegenüberstehen:			
- verursachte Minderaufwendungen aus den Kreditübertragungen von	39 102 100		
- durch Minderaufwendungen/Mehrerträge aus den Zusatzkrediten von	5 967 300	45 069 400	
sodass sich Netto-Mehraufwendungen ergeben von			21 821 400
b) in der Investitionsrechnung			
- den Zusatzkrediten von	9 695 900		
- den Kreditübertragungen von	-	9 695 900	
auf anderen Konten gegenüberstehen:			
- verursachte Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	-		
- durch Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	-	-	
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von			9 695 900
und somit die gesamtstädtische Rechnung insgesamt belastet wird mit netto			31 517 300

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 23. November 2011 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Der Ratspräsident Joe A. Manser (SP) beantragt Halbierung der Redezeiten (gemäss Art. 25 Abs. 2 GeschO GR) für die Beratung des nächsten Geschäfts.

Der Rat stimmt dem Antrag des Ratspräsidenten stillschweigend zu.

1987. 2005/551**Weisung vom 18.05.2011:****Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Mario Mariani (CVP) betreffend Hardbrücke, Sanierung mit einem Veloweg vom Hardplatz bis Bucheggplatz, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats:

1. Vom Bericht betreffend Hardbrücke, Sanierung mit einem Veloweg vom Hardplatz bis Bucheggplatz, wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR-Nr. 2005/551, von Bernhard Piller (Grüne) und Mario Mariani (CVP) vom 21. Dezember 2005 betreffend Hardbrücke, Sanierung mit einem Veloweg vom Hardplatz bis Bucheggplatz, wird als erledigt abgeschrieben.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Markus Knauss (Grüne): Auf der Hardbrücke soll ein sicherer und durchgehender Veloweg erstellt werden. Der Stadtrat möchte die Motion abschreiben. Die Kommissionsmehrheit misst dem Bau von Velowegen auf zentralen Strassenabschnitten allerdings eine grosse, seit der Volksabstimmung vom 4. September zusätzlich gesteigerte Bedeutung zu, und möchte deshalb einen eigenen Antrag stellen. Während der dreijährigen Sanierungsphase der Hardbrücke haben wir gesehen, dass zwei Fahrspuren ausreichen würden. Die beiden Spuren wurden sogar noch von zwei stark frequentierten Buslinien benutzt. Die Frage des Veloweges sollte deshalb nochmals geprüft werden. In Zukunft wird mit grosser Sicherheit ein Tram über die Hardbrücke führen. Die bestehende Fläche der Hardbrücke könnte künftig ganz anders genutzt werden. Die Hardbrücke ist von zentraler Bedeutung und mit dem neuen Veloweg würde der Einzugsbereich des Bahnhofs Hardbrücke stark erweitert. Wenn Sie der Mehrheitsmeinung folgen und die Kommission damit beauftragen, im Rat einen Antrag zu stellen, können wir uns selber Gedanken zu besseren Lösungen und Varianten machen. Die Lösung müsste auch hinsichtlich der Kosten und Sicherheitsansprüche vertretbar sein. Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen, den Bericht des Stadtrats ablehnend zur Kenntnis zu nehmen und der Spezialkommission Verkehr den Auftrag zu erteilen, dem Gemeinderat einen neuen Antrag vorzulegen.

Roland Scheck (SVP): Einmal mehr befassen wir uns mit verkehrspolitischer Zwängelei: Die Veloverbindung Albisriederplatz bis Rosengartenstrasse wurde bereits teilweise realisiert. Die restlichen Abschnitte sind nach dem regionalen Richtplan geplant, der klar besagt, dass die Veloverbindung nicht auf, sondern unter der Hardbrücke geführt werden muss. Ich betrachte die Motion nicht als materielles Anliegen. Es geht nur darum, dass die Hardbrücke auf Kosten des motorisierten Individualverkehrs zusätzlich diesen Veloweg aufnehmen sollte. Der Stadtrat hat die Nichtrealisierbarkeit des Veloweges plausibel nachgewiesen. Alle untersuchten Varianten zeigen, dass ein Veloweg über die Hardbrücke aus verschiedenen Gründen nicht umsetzbar ist. Der Veloweg ist zudem nicht im regionalen Richtplan enthalten. Die Stadt Zürich müsste den Weg vollständig bezahlen, zumal der Kanton hier nichts beisteuern wird. Aus diesen Gründen unterstützen wir die Weisung des Stadtrats. Sollte allerdings der dispositive Änderungsantrag durchkommen, werden wir die Weisung insgesamt ablehnen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Ruth Genner: Vom Hardplatz bis zum Bahnhof Hardbrücke besteht auf der Hardbrücke bereits ein zur Hälfte realisierter Velo-/Fussweg. Die Brücke ist für künftige Herausforderungen gerüstet und auf eine Tramlinie vorbereitet. Der Eintrag des Veloweges im regionalen Richtplan bezieht sich nicht auf die Brücke selbst, sondern auf die Hardstrasse. Auf der Hardbrücke sieht der Stadtrat im bestehenden Baukörper aus Sicherheitsgründen und aufgrund der Leistungsfähigkeit der Achse keine Möglichkeit, einen Veloweg zu realisieren. Das Tiefbauamt hat verschiedenste Varianten geprüft.

Weitere Wortmeldungen:

Guido Trevisan (GLP): Die Hardbrücke ist für uns bezüglich des Veloweges erst halb vollendet. Übergeordnetes Recht, technische Herausforderungen und die damit verbundenen Kosten sind drei entscheidende Elemente, die dazu geführt haben, dass dieses Geschäft bereits fünf Jahre pendent ist und auch in einer zweiten Runde eine Abschreibung ohne brauchbare Lösung des Stadtrats vorgelegt wird. Die GLP verlangt gerade

auch wegen der Verankerung der Städteinitiative in der Gemeindeverordnung den Ausbau direkter und attraktiver Velowege in Zürich. Der Langsamverkehr muss eine höhere Priorität haben. Übergeordnetes Recht verhindert auf der Hardbrücke kostengünstigere Lösungen wie zum Beispiel Ausweichbuchten für Velofahrer. Dafür sind keine Normen oder Richtlinien vorhanden. Eine Brückenverbreiterung würde für die Stadt Zürich zu hohe Kosten verursachen. Doch in der Nacht könnte zum Beispiel die Busspur für Velofahrer freigegeben werden. Wir sind bereit, in direkter Zusammenarbeit mit der Verwaltung nach weiteren Lösungen zu suchen. Natürlich werden wir weiterhin genau darauf achten, dass der Stadtrat weitere Verbindungen vorantreibt. Wir werden dem vorliegenden Änderungsantrag zustimmen und die so abgeänderte Weisung annehmen.

Marc Bourgeois (FDP): Alles Machbare wurde umgesetzt oder ist in Planung, alles Übrige ist im regionalen Richtplan nicht vorgesehen. Die übrigen Lösungen sind sicherheitstechnisch gefährlicher als die bisherige Situation oder ÖV-behindernd. Unkonventionelle Lösungen sind entweder statisch nicht machbar oder mit 80 Mio. Franken gemäss Stadtrat unbezahlbar. Die Velofahrer fordern immer mehr Strassenraum, sind jedoch nicht bereit, diesen zu finanzieren. Die Verwaltung ist nicht verpflichtet, uns im Planungsprozess zu unterstützen. Es ist fraglich, ob ein Milizparlament einen besseren Veloweg vorschlagen kann als eine fünf oder sechs Jahre daran arbeitende Verwaltung. Die zukünftigen einzelnen Entwicklungen rund um die Hardbrücke sind ausserdem noch nicht spruchreif. Ich befürworte einen umsetzbaren und zahlbaren Veloweg. Doch hier geht es um Zwängerei und Ideologie. Wir können dies nicht akzeptieren.

Mauro Tuena (SVP): Die Hardbrücke wurde fertig saniert. Von einem Tram oder einem Spurabbau ist nichts zu sehen. Die von Markus Knauss (Grüne) angesprochenen Entwicklungen haben mit der aktuellen Realität nichts gemeinsam. Viele Velofahrer halten einen Veloweg über die Hardbrücke nicht für nötig. Sie wählen jeweils den Weg unter der Hardbrücke hindurch. Die Verwaltung hat nun Möglichkeiten zur Umsetzbarkeit eines Veloweges aufgezeigt: Die Möglichkeiten sind sehr beschränkt. Markus Knauss (Grüne) sprach vom niedrigen Verkehrsaufkommen auf der Hardbrücke. Doch die Sanierung ist noch nicht beendet und zudem existiert ein Lichtsignal, das Tag für Tag zu einem grossen Rückstau führt. Von wenig Verkehr kann keine Rede sein. Ich möchte davor warnen, die Hardbrücke mit einem Veloweg nochmals künstlich zu blockieren. Wenn das Parlament entscheidet, die Weisung heute abzulehnen, dann werden wir von der Kommission aus etwas planen.

Simone Brander (SP): Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass es einen Veloweg braucht und dass dieser realisiert werden soll. Die Hardbrücke ist eine wichtige Verbindung, die auch Velofahrer benutzen können müssen. Das Hauptargument des Stadtrats lautet, es gebe auf der Brücke keinen Platz für einen Veloweg. Während der Sanierung zeigte sich jedoch, dass der Verkehr auch mit nur zwei Spuren funktioniert. Es wäre also noch genügend Platz für einen Veloweg vorhanden. Momentan ist die Brücke für Velofahrer nicht sicher. Eine gute Lösung sollte mit vernünftigen Kosten realisiert werden können. Die SP ist der Meinung, dass man den Veloweg über die Hardbrücke zum momentanen Zeitpunkt nicht aufgeben sollte und stimmt dem Änderungsantrag der Grünen zu.

Mario Mariani (CVP): Die CVP wird der Kommissionsmehrheit aus zwei Gründen zustimmen: Die Hardbrücke wurde zwar umgebaut, doch wird sie in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren weiter umgebaut und von einem Tram befahren werden. Spätestens dann kann eine neue Ausrichtung der Fahrspuren geprüft und die Motion umgesetzt werden. Doch es existiert auch immer noch ein Richtplan, der nicht besagt, ob der Weg auf oder unter der Brücke durchführen muss. Der Veloweg soll lediglich als Verbindung von A nach B dienen. Es gäbe gute Alternativen zur Gewährleistung einer sicheren

Radwegverbindung vom Albisriederplatz zum Bucheggplatz. Stimmen Sie deshalb mit der Kommissionsmehrheit.

Bernhard Piller (Grüne): *Ich bin positiv überrascht von der Spezialkommission Verkehr, die standhaft geblieben ist und selber nach Lösungen suchen möchte. Der Weg sollte jedoch gut geplant werden. Auf dem neuen Veloweg Auffahrt Pfingstweidstrasse über die Bushaltestelle Hardbrücke bis zum Hardplatz beispielsweise wird der Velofahrer ausgebremst oder kommt Fussgängern in die Quere. Ich vertraue jedoch der Kommission, dass sie es besser machen wird.*

Alecs Recher (AL): *Die Hardbrücke wurde in den letzten Jahren saniert. Dem Stadtrat war das grosse Anliegen des Baus eines Veloweges bekannt. Viele Velofahrer benutzen die Hardbrücke aus Sicherheitsgründen nicht. Es ist mir unbegreiflich, wie der Stadtrat bei der grossen Sanierung den Bau eines Veloweges versäumen konnte.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Auf der Hardbrücke einen Veloweg zu erstellen, ist technisch nicht möglich. Die Strategie führt immer nur zur Verdrängung der Autofahrer.*

Roland Scheck (SVP): *Die Weisung sagt klar, dass die Motion nicht umsetzbar ist. Jede erdenkliche Variante eines Veloweges über die Hardbrücke ist aus Gründen der Verkehrssicherheit, der Statik, des ÖV-Betriebs, der Kapazität oder der Geometrie nicht machbar. Würde eine dieser Varianten dennoch realisiert, entstünden erst recht Probleme. Der Bericht des Stadtrats ist inhaltlich absolut korrekt und sollte in dieser Form zur Kenntnis genommen werden.*

Änderungsantrag zu Ziff. 1

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

1. Vom Bericht betreffend Hardbrücke, Sanierung mit einem Veloweg vom Hardplatz bis Bucheggplatz, wird ablehnend Kenntnis genommen.

Die Minderheit der SK PD/V beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Markus Knauss (Grüne), Referent; Marianne Aubert (SP), Simone Brander (SP), Hans Jörg Käppeli (SP), Alecs Recher (AL), Florian Utz (SP) i.V. von Andrew Katumba (SP)
Minderheit:	Roland Scheck (SVP), Referent; Vizepräsident Mauro Tuena (SVP), Marc Bourgeois (FDP), Kurt Hüssy (SVP)
Abwesend:	Präsident Balthasar Glättli (Grüne), Roger Tognella (FDP), Guido Trevisan (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 41 Stimmen zu.

Roland Scheck (SVP): *Mit dem dispositiven Änderungsantrag wird die erwähnte Zwängerei auf die Spitze getrieben. Die rot-grüne Ratsseite ist mit dem Verdikt des rot-grünen Stadtrats nicht zufrieden und nicht bereit, den objektiven Bericht des Stadtrats zu akzeptieren. Doch hier geht es um eine verkehrstechnische Projektierung mit brückenbaulichen Fragestellungen. Wir als Politiker haben nicht das Know-how, Statik oder Kapazitäten zu berechnen. Die Kommission wäre damit überfordert. Ich bitte Sie, die wissenschaftlich abgestützten Untersuchungsergebnisse zu akzeptieren und auf die Änderung des Dispositivs zu verzichten.*

Änderungsantrag zu Ziff. 2

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

2. Die Motion, GR-Nr. 2005/551, von Bernhard Piller (Grüne) und Mario Mariani (CVP) vom 21. Dezember 2005 betreffend Hardbrücke, Sanierung mit einem Veloweg vom Hardplatz bis Bucheggplatz, wird, gestützt auf Art. 92 Abs. 3 GeschO GR, der Spezialkommission Polizeidepartement/Verkehr zur Antragsstellung zugewiesen.

Die Minderheit der SK PD/V beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Markus Knauss (Grüne), Referent; Marianne Aubert (SP), Simone Brander (SP), Hans Jörg Käppeli (SP), Alecs Recher (AL), Florian Utz (SP) i.V. von Andrew Katumba (SP)
Minderheit:	Roland Scheck (SVP), Referent; Vizepräsident Mauro Tuena (SVP), Marc Bourgeois (FDP), Kurt Hüssy (SVP)
Abwesend:	Präsident Balthasar Glättli (Grüne), Roger Tognella (FDP), Guido Trevisan (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 41 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PD/V beantragt Ablehnung des bereinigten Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Markus Knauss (Grüne), Referent; Marianne Aubert (SP), Simone Brander (SP), Hans Jörg Käppeli (SP), Alecs Recher (AL), Florian Utz (SP) i.V. von Andrew Katumba (SP)
Minderheit:	Roland Scheck (SVP), Referent; Vizepräsident Mauro Tuena (SVP), Marc Bourgeois (FDP), Kurt Hüssy (SVP)
Abwesend:	Präsident Balthasar Glättli (Grüne), Roger Tognella (FDP), Guido Trevisan (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 41 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Hardbrücke, Sanierung mit einem Veloweg vom Hardplatz bis Bucheggplatz, wird ablehnend Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR-Nr. 2005/551, von Bernhard Piller (Grüne) und Mario Mariani (CVP) vom 21. Dezember 2005 betreffend Hardbrücke, Sanierung mit einem Veloweg vom Hardplatz bis Bucheggplatz, wird, gestützt auf Art. 92 Abs. 3 GeschO GR, der Spezialkommission Polizeidepartement/Verkehr zur Antragsstellung zugewiesen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 23. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung

E i n g ä n g e

Am nachfolgenden Text werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1988. 2011/432

Schriftliche Anfrage von Jacqueline Badran (SP), Matthias Probst (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 16.11.2011: Mögliche Zwischennutzungen für das Gebäude der Mobimo Holding AG an der Hohlstrasse 481-481b

Von Jacqueline Badran (SP), Matthias Probst (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 16. November 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Dem Vernehmen nach sollen die Gebäude im Eigentum der Mobimo Holding AG an der Hohlstrasse 481-481b abgerissen werden und als Zwischennutzung ein temporärerer Altauto-Verkaufsplätze errichtet werden, bis ein Bauprojekt entwickelt und bewilligt ist.

Die Stadt Zürich sucht verzweifelt Räume für Zwischennutzungen zum Beispiel für das Kreativ-Gewerbe, für Start-Ups und andere wenig margenstarke Unternehmen. Generell ist nebst günstigem Wohnraum auch gewerblich nutzbare Fläche in Zürich Mangelware.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat der Stadtrat Kenntnis von den Vorhaben der Mobimo Holding AG auf diesem Areal? Wenn ja, welchen Inhaltes?
2. Erachtet es der Stadtrat als sinnvoll, in der heutigen Situation Fläche für einen weiteren Alt-Auto-Händler auf stadtzürcher Boden zu schaffen?
3. Welche strategischen Absichten verfolgt der Stadtrat in diesem Quartier (inkl. SBB-Areal). Und passen die unter Frage zwei genannten Pläne der Mobimo Holding AG dazu?
4. Ist der Stadtrat bereit – angesichts der massiven Übernachfrage nach zahlbaren Gewerberäumen und Wohnungen – mit der Mobimo Holding AG in Verhandlungen zu treten, um ihnen das Areal abzukau-
fen?
5. Kann sich der Stadtrat andernfalls vorstellen, die Gebäude zu mieten und an die jetzigen Zwischennut-
zenden weiterzugeben?
6. Wäre der Stadtrat bereit, zwischen den jetzigen Zwischennutzenden und der Mobimo Holding AG ver-
mittelnd zu wirken in Richtung eines Gebrauchsleihvertrages?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 23. November 2011, 17:00 Uhr.